

Bochholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumsparlei

Ämtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Ämter Rhede, Dingden, Viedern und Werth

47. Jahrgang

Donnerstag, 24. Oktober 1918

Nummer 249

Die politische Aussprache im Reichstage.

Berlin, 22. Oktober.

Im Reichstag fuhr der Kanzler fort:
Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserm Volke den Bitterbündelgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so will ich keinen Augenblick darüber hinwegtäuschen, welche

gewaltigen Widerstände

nach zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann. Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zu weiterem Kampfe aufrufen, oder mag sich der Weg zum Frieden öffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gewachsen sein werden durch die Durchführung des Regierungsprogramms und die entschiedene Abkehr vom alten System. (Lebhafte Zustimmung links.) Damit, meine Herren, bin ich auf die Fragen der inneren Politik gekommen, über die ich der deutschen Volkswirtschaft Rechenschaft schuldig bin. Die Reform des Wahlrechts in Preußen ist durch ein dankenswertes Entgegenkommen der Parteien auf die Vorschläge der Regierung so weit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts dort gesichert ist. (Bravo!) Dem Reichstag liegen zwei Gesetzentwürfe vor, die unsere neue Regierungsweise von den verfassungsmäßigen Schranken befreien sollen, die ihr noch im Wege stehen. Der erste Entwurf will für die Mitglieder dieses hohen Hauses die Möglichkeit schaffen, in die Reichsleitung einzutreten, ohne ihr Reichsmandat zu verlieren. Das ist unerlässlich, wenn die Verbindung zwischen dem Parlament und den obersten Reichsbehörden so fest bleiben soll, wie die gemeinsame Arbeit und das gegenseitige Vertrauen es erfordern. Der Entwurf schließt ferner eine Veränderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Bisher konnten nur die Leiter der obersten Reichsbehörden Stellvertreter des Reichskanzlers werden. In Zukunft sollen sich Reichstagsabgeordnete an der Leitung der Reichspolitik beteiligen und namens des Reichskanzlers Rede stehen, ohne zugleich ein Ressort zu haben. Damit ist ein neuer Weg geöffnet, um zur verantwortlichen Leitung der Reichsgeschäfte zu gelangen, der parlamentarische Weg. Im Zusammenhang hiermit stehen die Vorarbeiten für den reiflichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die Einkennung eines Staatsgerichtshofes zu sichern wäre. Das neue System der Reichsregierung hat eine neue Regierungsweise in den Reichsständen zur natürlichen Folge gehabt. Die Statthalterenschaft hat ein Elbfürst übernommen, ein Elbfürst ein Staatssekretär geworden. Meine Herren! Der ganze Entwurf, der die Veränderung des Artikels 11 der Reichsverfassung bezweckt, enthält die zwingende Festlegung für den Grundgedanken der neuen Regierungsart. Er will, daß der Reichstag als berufene Volksvertretung bei der Entscheidung über die wichtigsten Lebensfragen der ganzen Nation und bei den

Fragen von Krieg und Frieden

ein volles Mitbestimmungsrecht hat. (Bravo!) Die Bürgschaft könnte verstärkt werden, wenn auch die Bündnisverträge der neuen Regierung unterworfen würden. Auch zu einer Erweiterung der Volksrechte wird die Reichsregierung gern die Hand bieten, wenn der Bitterbündel praktische Gestalt gewinnt. Der Kriegszustand hat in allen Ländern drückende Einschränkungen der staatsbürgerlichen Freiheit zur Folge gehabt. Ihre volle Wiederherstellung wird der Friede bringen. Außerordentliche Vollmachten der Kriegszeit sind noch nicht entbehrlich, sie können aber jetzt nur noch im Einverständnis mit dem Reichskanzler ausübt werden, der für die Ausführung dem Reichstage verantwortlich ist. Die Anordnungen S. M. des Kaisers, die ich am 5. Oktober angekündigt habe, sind inzwischen ergangen und umfassen nicht allein die Maßnahmen auf dem Ge-

biet der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens und der Beschränkung der persönlichen Freiheit, sondern sie erstrecken sich auf die gesamte Tätigkeit der vollziehenden Gewalt auch im Arbeitsgebiet der Wirtschaft und sozialen Politik.

Meine Herren! Auf meinem Programm am 5. Oktober stand auch Begnadigung der Personen, die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen, besonders im Zusammenhang mit Arbeitseinstellungen, Straßendemonstrationen oder ähnlichen Vorfällen verurteilt sind. Eine weitgehende Amnestie dieser Art ist beim Kaiser und sämtlichen Bundesregierungen angeregt und in Ausführung. Schon haben Verurteilte in großer Zahl ihre Freiheit wieder gewonnen, manchen vor ihnen hat die Regierung Gnade erst nach Überwindung ernster vaterländischer Sorgen vermittelt.

Meine Herren! Allen Schritten auf dem neuen Bahn, die ich Ihnen hier erzählen durfte, haben alle verfassungsmäßigen Instanzen einmütig zugestimmt. Sie haben sich voll auf den Boden der von mir und meinen Mitarbeitern vertretenen Regierungsart gestellt. Wenn auch Sie den Reichstag beistimmen, wird die Reichsregierung fest in den Reichsgesetzen verankert sein. Ich weiß, meine Herren, der Rückblick auf die innere politische Krise der denkwürdigen drei Oktoberwochen ist sehr verschiedene Stimmungen in Ihnen aus. Dem einen wird es als Schilderung eines unbekannten Laufs auf der schiefen Ebene erscheinen, die zum Umsturz der bestehenden Ordnung führt, dem andern als ein unheilvolles, zielloses Laufen nach der neuen Staatsform. Wer frei von der Verantwortung ist, der ist frei an der Kritik. Beiden gegenüber stelle ich für die Regierung der Reichstagsmehrheit fest, daß meine Kollegen und ich, sowohl in Ziel als in der Art, wie wir diesen nachstreben, völlig einig sind. Das Ziel ist die

politische Mündigkeit des deutschen Volkes.

(Lebhafte Beifall.) Wir und meine Mitarbeiter stehen es vor Augen, unverrückt als Leitstern. Die einzelnen Mitglieder der Regierung gingen ursprünglich von verschiedenen Ausgangspunkten aus, sie verfolgten aber das gemeinsame Ziel mit derselben Treue, und deshalb haben ihre Wege immer mehr zueinander geführt. Unser Volk hat schon längst eine Reihe von Rechten, um die es mancher politisch reife Nachbar beneidet. Deutsche kommunale Selbstverwaltung war in mehr als einer Hinsicht musterhaft. Das Reichstagswahlrecht war längst das freieste Wahlrecht der Welt, und der Reichstag, der vom Volke gewählt war, hatte stets das stärkste politische Machtmittel der Budgetbewilligung. Aber das deutsche Volk machte in entscheidenden Stunden von seiner Macht keinen Gebrauch. Seine Hauptkraft wirkte sich aus in den großen Einzelleistungen außerhalb der Politik. Nicht die Willkür der einzelnen Gewalten, sondern der Mangel an Volkswillen und Machtwille im Volke erhielt Deutschland solange als Obristenstaat. Seit dem Juli 1917 reißt der Entschluß zur politischen Verantwortlichkeit: jetzt Ende September ist er zum Durchbruch gekommen und dadurch ist alles neu geworden. Und, meine Herren, darin liegt die Gewähr für den Bestand und den Ausbau des neuen Systems: es kam durch eine entscheidende Wendung in der Charakterentwicklung des deutschen Volkes, die nach allen Leistungen dieses Krieges, allen Taten und Opfern unaussprechlich geworden war. Darin liegt eine bessere reale Garantie als in irgend einem Gesetzsatz. Hieraus ergibt sich für mich eine sichere Marschroute für alle unsere Maßnahmen. Wir dürfen nicht um des Auslandes willen, auch nicht um der Not des Augenblicks Herr zu werden, zu Regierungsformen schreiten, hinter denen nicht unser innere Überzeugung steht, und die nicht ein Ausdruck unserer Eigenart und Geschichte sind,

sonst handeln wir unausrichtig und nähmen dadurch dem neuen System den Stempel der Unwiderruflichkeit, den wir nicht entbehren können. (Beifall.)

Meine Herren! Der gewaltige Ruf, den Richte in schwerer Zeit an die Deutschen richtete, ergreift auch an uns: **Erhaltet Euch als Volk für die Aufgaben in der Welt, die nur ihr lösen könnt, wie jedes Volk eine Aufgabe hat, die ihm vor anderen gestellt ist.** Die Stunden im Leben der deutschen Nation, die sie niederzuschlagen scheinen, sind noch immer die Geburtsstunden einer neuen geistigen Kraft gewesen. Aber um unsere Eigenart ruhig zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren können.

An unseren Toren steht der Feind.

Unser erster und letzter Gedanke gehört den Tapferen, die sich gegen die Uebermacht verteidigen und die wir gegen ungerechte Anklagen verteidigen müssen. (Bravo!) Meine Herren! Man soll nicht glauben, daß man unser Heer beleidigen kann, ohne unser Volk an der Ehre zu treffen. (Bravo!) Schlimme Einzelheiten und Ausnahmen hat es in jeder Armee gegeben, aber der große Wille des Volksheroes lehnt sie ab. Meine Herren! Unsere Soldaten haben es heute furchtbar schwer, sie kämpfen mit Sorgen um die Heimat, sie kämpfen mit dem Gedanken an den Frieden und halten stand. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir rufen ihnen zu, die Heimat läßt Euch nicht im Stich. (Bravo!) Was Ihr braucht und was sie hergeben kann an Menschen, an Mitteln und an Mut, das soll Euch werden. (Lebhafte Beifall.)

Hg. Herold (Ztr.)

verliest namens seiner Fraktion eine formulierte Erklärung, in welcher ausgeführt wird:

Den bedeutsamen Ausführungen des Reichskanzlers vom 5. Oktober gehen wir unsere volle Zustimmung. Durch die Berufung einer Anzahl von führenden Parlamentariern in die Regierung werden breite Volksmassen für die Erfüllung der großen Staatsaufgaben gewonnen, und die vom Vertrauen der Bevölkerung getragene Regierung erlangt dadurch für ihre Maßnahmen eine sichere Majorität. Das deutsche Volk hat durch diese freiwillige Entschaltung seine Geschichte selbst in die Hand genommen. Die neue Regierung ist das ausführende Organ des Volkswillens. Ein neues Deutschland mit freierwilliger Verfassung ist entstanden. Erleichtert wird die Durchführung des neuen Gedankens dadurch, daß nunmehr in dem größten Bundesstaate, Preußen, die Einführung des allgemeinen, direkten, geheimen und gleichen Wahlrechts gesichert ist, und zwar ohne jede Einschränkung und durch eine überwältigende Majorität. Der Abänderung des Art. 21 der Reichsverfassung werden wir zustimmen, um die Schwierigkeiten für den Eintritt von Parlamentariern in die Regierung zu beseitigen. Den weiter vorgelegten Entwurf zur Abänderung des Art. 11 der Reichsverfassung erachten wir nicht für ausreichend. Für jeden Krieg, sei es ein Angriffskrieg oder ein Verteidigungskrieg, muß die Zustimmung des Reichstages eingeholt werden. Einem Abänderungsantrag in dieser Richtung werden wir zustimmen. Ferner verlangen wir, daß die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers der Zusage des letzteren gemäß ausgebaut und sichergestellt wird. Während der langen Dauer des Krieges hat fortgesetzt die Ausführung des Gesetzes über den Belagerungszustand berechtigten Anlaß zu Klagen gegeben. Wir begrüßen daher die Entschlüsse, daß bei allen Anordnungen die Zivilbehörden mitzusprechen haben und daß in letzter Instanz der Reichskanzler zu entscheiden hat. Der Schritt der neuen deutschen Regierung beim Präsidenten Wilson findet auch unsere Billigung, ebenso unsere Antwort am gestrigen Tage auf die Klagefrage des Präsidenten Wilson. Mit Entrüstung weisen wir den Vorwurf unmenschlicher Handlungen, der gegen unser Heer gerichtet wird, zurück. Verwüstungen

entsprechen nicht deutschem Charakter und deutscher Sitte. (Bravo!) Wir haben unsere Bereitschaft zu einem annehmbaren Rechtsfrieden erklärt und das größte Entgegenkommen gezeigt, aber die Zukunft Deutschlands muß gesichert sein. Die Vernichtung eines Volkes, das solche Taten aufweist, ist ausgeschlossen. Ist ein Friede der Verständigung nicht möglich, so wird die nationale Verteidigung bis zum letzten Mann zur Rettung des Vaterlandes aufgerufen werden und der Erfolg wird nicht ausbleiben. (Lebhafte Beifall.)

Hg. Ebert (Soz.):

Herrliche Zeiten sind es nicht, denen wir entgegengeführt worden sind. (Zustimmung.) Eine nüchterne Prüfung der tatsächlichen militärischen und politischen Lage mußte die neue Regierung dazu führen, das Gesetz zum Waffenstillstand und Frieden abzuschließen. Das Erlaufen an den Präsidenten Wilson hat die Zustimmung aller zur Mitwirkung berufenen Instanzen gefunden. Im Bewußtsein unseres guten Rechtes und unserer keineswegs erschöpften Widerstandskraft hat sich die deutsche Demokratie bemüht, die Steine aus dem Wege zu räumen, die den Zugang zum Frieden verperren.

Zur Räumung der besetzten Gebiete haben wir uns in der Vorausschau bereit erklärt, daß sie in geordneter Weise vor sich gehen kann und zur Durchführung einer Waffenpause eintritt. Wir begrüßen den Befehl der obersten Heeresleitung, Fortschritten auf das militärisch Notwendige zu beschränken. Sollten Plünderungen und Gewalttätigkeiten vorgekommen sein, so müssen sie strengste Bestrafung finden. Den unbeschränkten U-Bootkrieg haben wir immer bekämpft, alle mit ihm verbundenen wirtschaftlichen Berechnungen verworfen und von seiner politischen Wirkung Unheil vorausgesehen. Wir hätten großzügigen Verzicht auf die Handhabung des U-Bootkrieges gewünscht. Die Bildung der neuen Regierung stellt den Geburtstag der deutschen Demokratie dar. Wenn die Völker fortfahren und die Verfassungen Hülfe suchen, kommen die Revolutionen. Blicken Sie nach Rußland. Die verantwortlichen Minister müssen vor einem Staatsgerichtshof gezogen werden. Die Willkür darf nicht länger im Staate sein. Völlig unhaltbar ist die ganz absolutistische Stellung des großen Generalstabes, Befehlsgewalt, und alles, was darauf aufgebaut ist, muß der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und des Reichstages unterstellt werden. Auf dem Gebiete des Belagerungszustandes muß sofort die Sicherstellung der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechtes und der Pressefreiheit durchgeführt werden. Die Amnestie muß restlos durchgeführt werden und sich auch auf Verurteilungen von Zivilgerichten und den außerordentlichen Militärgerichten erstrecken. Freilich vieles bleibt noch zu tun. Wir verlangen vor allem das Wahlrecht auch für die Frauen. Unsere Verantwortung muß von Grund auf geändert werden. In der Ernährungsfrage muß jedem Standeslosen Hunger aufs schärfste entgegengetreten werden, sonst treiben wir der Katastrophe entgegen. Wir wollen einen ehrlichen und dauernden

Frieden für die gesamte Menschheit.

Das war unser Kriegsziel seit dem 4. August 1914. In der Ueberzeugung sehen wir die sicherste Bürgschaft für einen Dauerfrieden. Unser Eintritt in die Regierung erfolgte, weil wir in der Zeit der Not unseres Volkes nicht tatenlos dastehen wollten. Ein bedingungsloser Friede würde die wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes unterbinden und damit die Arbeiterklasse am schwersten treffen. Deshalb bekennen wir uns erneut zur Politik der Landesverteidigung. (Beifall.) Wir freuen uns unser Volk und seiner Zukunft. (Lebhafte Beifall.) Dafür leiden wir, so lange es notwendig ist. Die neue Regierung soll eine Friedensregierung sein. (Beifall.) Wir hätten unverantwortlich gehandelt,

Deutscher Tagesbericht.

Hätten wir den Eintritt in die Regierung abgelehnt. Eine Verantwortung für die Taten der früheren Regierung lehnen wir freilich ab. Jetzt müssen wir alles aufbieten, um zu verhindern, daß das deutsche Volk zusammenbricht. Die neue Regierung hat ein böses Erbe übernommen und muß viel Ballast auswerfen, um das Staatsgeschiff in den Friedenshafen zu retten. Wir Sozialdemokraten haben nichts preisgegeben und nichts verleugnet. Wir sind die alten geblieben. Was auch kommen mag: wollen die Feinde den Frieden, dann wird das gut sein für sie und für uns. Wollen sie unsere Feinde bleiben, uns als den Auswurf der Menschheit und als Schuld-knechte behandeln, so rufen wir ihnen zu: Nehmt euch in acht! Jede Knechtschaft hat einmal ein Ende. Wir wollen einen dauernden Frieden erreichen. Alle Freunde dieses großen Gedankens in der ganzen Welt rufen wir auf, uns bei der Verwirklichung zu helfen. Erleben wir eine Enttäuschung, dann werden wir nicht verzagen, denn wir glauben an unser Volk; zu ihm wollen wir dann in Treue stehen. (Beifall.)

Dr. Naumann (Kortfchr. Vp.)
Wir denken dankbar daran, was in diesem Jahre diese deutsche Armee von Männern drau-ßen durchgemacht hat. Der Glanz dieser Taten wird weit in die Zukunft leuchten. Sie haben übermenschliches getan für Volk und Vaterland. Und doch wußten sie nicht genau, welche Stellung sie eigentlich in der Heimat hatten. Draußen waren sie Soldaten erster Klasse, daheim Staatsbürger dritter Klasse. Die alte Staatsweisheit war: Blind sollt ihr vertrauen! Jetzt heißt es in anderm Tone: Nicht blind sollt ihr zum Ver-handlungstische geführt werden! Die Menge soll mitsprechen. Das Zweiparteisystem kann nicht mehr aus diesem Hause verschwinden. Wir sind ein geknechtetes Volk gewesen und haben uns emporgearbeitet. Deshalb haben wir Sym-pathie mit allen Völkern, die sich emporgearbei-tet haben. Wir haben, weil wir uns mühsam zum Staat hindurchgearbeitet haben, einen ge-wissen steifen Staatsgeizismus gehabt, und aus-Not noch eine Tugend gemacht. So konnte ich weitergehen. Der Zusammenbruch des Systems ist jetzt da. Was jetzt da ist, ist ein-gang zu einem neuen Anfang deutscher-nichte. Das erste Gesetz der neuen Politik sein: Zweiparteisystem müssen vermeiden. Mit militärischen Mitteln allein wird Friede nicht erreicht. Die diplomatischen-moralischen Mittel der ganzen Menschheit müssen eingesetzt werden, um zum Frieden zu kommen. Ein Weiterleben nach diesem Kriege ist unausdenkbar. Der Gedanke des gemein-samen gleichen, staatlichen Rechts steht für uns im Ziel. Der Krieg muß mit einer gro-ßen Amnestie um die Erde enden. Der Gedanke der Menschheitsentwicklung ist im tiefsten von deutschen Denkern durchdrungen worden. Eine Na-tion, die der Welt gegenüber Jahre so ausge-halten hat und in sich solche Kräfte des Arbeits hat, ist nicht totzumachen. (Beifall.) Das geht nicht. Aber mit uns in Frieden zu leben, das geht, wenn sie nur wollen. (Beifall.)

Von den Fronten.

W.B. Amsterdam, 22. Okt. Wie „Alb. Handelsbl.“ aus Maastricht erfährt, kamen in Nijmegen gestern morgen die ersten 500 Flücht-linge an.

W.B. Amsterdam, 22. Okt. Den Blättern zufolge sind heute wieder einige Tausend Flücht-linge über die Grenze gekommen.

W.B. Haag, 23. Okt. Bülage ist in den letz-ten Tagen, als die deutschen Truppen sich, von der Küste kommend, dort versammelten, von Fliegerbomben der Alliierten schwer beschädigt worden.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

W.B. Wien, 22. Okt. Italienscher Kriegs-schauplatz: Gestern in den Morgenstunden ge-lang es dem Feinde, in dem Gebiete des Monte Simal in unsere Gräben einzudringen, er wurde im Gegenstoß geworfen. Weitere An-griffsversuche scheiterten in unserem Feuer. Im Miana-Becken bereiteten wir italienische Erkun-dungsversuche. — Balkan-Kriegsschauplatz: An der Morawa wurden Angriffe abgewiesen. Ein Unternehmen deutscher Truppen führte in die feindliche Stellung. Bei Zajecar vermochte der Feind Boden zu gewinnen. In Albanien kam es am Matifluß zu neuen Kämpfen.

W.B. Moskau, 18. Okt. Aus zuverlässiger Quelle kommt die Nachricht aus Odesa, daß die rumänische Regierung alle rumänischen Häfen am Schwarzen Meer und an der Donau für ge-schlossen erklärte.

See- und Luftkrieg.

Erfolge unserer Luftstreitkräfte in Flandern.
W.B. Berlin, 21. Okt. Der am 14. Oktober einsetzende Großangriff in Flandern war durch äußerst starken feindlichen Fliegereinmarsch beglei-tet. Zahlreiche Geschwader drangen zum Bom-benabwurf weit in unser Hinterland vor. Unsern zusammengefaßten Jagdtruppen gelang es mittags, in zahlreichen Luftkämpfen der feind-lichen zahlenmäßigen Überlegenheit Herr zu werden und den Gegner hinter seinen Linien fest-zufassen. 30 feindliche Flugzeuge wurden allein

W.B. Berlin, 22. Okt. Amtl. Abends.
Starke Angriffe in Flandern südwestlich von Deins und östlich von Kortrijk brachten dem Feinde nur zeitlich begrenzten Bodenge-winn. Am östlichen Muese-Armer, beiderseits von Bouzies und östlich von Oisy sind heftige Angriffe der Franzosen gescheitert.

Großes Hauptquartier.

23. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kämpfe in der Eps-Niederung dauern an. Heftige Angriffe des Gegners beiderseits von Deinze.

Nördlich der Stadt wurden sie abgewiesen, südlich der Stadt nach anfänglichem Geländege-winn durch Gegenstoß westl. der Straße Deinze-Elens zum Stehen gebracht.

Östlich von Kortrijk wurden wir vom West-land von Bichte auf den Ostrand zurückgedrückt. Beiderseits des Ortes sind starke feindliche An-griffe gescheitert. In erbittertem Kampfe wur-den die Höhen bei Reiberg vom Schlef. Inf. Regt. 10 unter seinem Kommandeur Major Guener gegen vierfachen Ansturm des Gegners gehalten.

Teilkämpfe an der Scheldemündung beider-seits von Tournay und Valenciennes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südlich von Marie räumten wir den vor-übergehend verteidigten Brückenkopf an der Serre und Souchez und nahmen unsere Linien hinter die Nachabschnitte zurück.

An der Aisne wiesen wir heftige Angriffe des Gegners beiderseits von Nanteuil ab.

über dem Schlachtfelde in Flandern durch unsere Jagdflieger zum Abwurf gebracht. Oberleutnant Aufforth schoß an diesem Tage allein drei Flugzeuge ab und errang seinen 28. bis 28. Sieg. Der Angriff nordwestlich von Roulers wurde von einem Infanteriefliegerzug vor Beginn er-kannt und durch Funkpruch rechtzeitig der Füh-rer gemeldet. Im weiteren Verlauf der Kämpfe stellte der Flieger aus niedriger Höhe stets die vordere Linie fest. Unsere Schlachtfeldflieger grif-fen teilweise aus 10 Meter Höhe den Verkehr in feindlichen Ortschaften, vordrehende Tanks und anmarschierende Infanterie mit Maschinenge-wehrfeuer und Bomben an. Bombengeschwader belegten zahlreiche Fahrzeugkolonnen hinter den feindlichen Linien mit 2800 Kilogramm Spreng-stoff und stürzten den Verkehr durch wohlgezieltes Maschinengewehrfeuer mit bestem Erfolg. Die Ballone erkannten auf der Reede von Dünkr-ken lebhaften Schiffsverkehr und schickten feind-liche Minenboote. An der feindlichen West-front verlor der Gegner am 14. Oktober 40 Flug-zeuge, davon drei durch Flugabwehrkanonen. Leutnant B e u h schoß das 20. feindliche Flug-zeug ab. Die Jagdstaffel 28. errang ihren 100. Luftsieg. Unsere Verluste betragen nur 4 Flug-zeuge.

Luftangriffe auf die besetzten Gebiete.

W.B. Berlin, 21. Okt. Als Vorboten der Befreiung lüchten täglich Verbandsflugzeuge die besetzten Gebiete auf und werfen auf bisher un-zerstörte belgische und französische Städte Bom-ben. Am 18. Oktober nachmittags griffen zwölf Flugzeuge Gent an; unter den 68 Opfern sind allein 22 Kinder tot bzw. verletzt gemeldet. In der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober waren Mauseggen, Hirson, Hautemont, Journies und Mont Cornet Ziele feindlicher Fliegerangriffe. Neben beträchtlichem Häuser- und Brandschaden sind eine Anzahl Personen, hauptsächlich aus der Zivilbevölkerung, getötet und verwundet wor-den. Am 19. Oktober, 2 Uhr nachmittags, wurde Mons mit Bomben belegt. Das Frauenhospital, die Jesuitenkirche, das deutsche Bazar und einzelne Stadtteile wurden besonders schwer heimgesucht. 38 Tote, bzw. Verletzte, darunter 23 Frauen. Am 19. Oktober wurde Inaumont, nordwestlich Rethel, zum erstenmal von feind-licher Artillerie beschossen.

Zur neuen Note an Wilson.

Amsterdam, 22. Okt. Aus den Vereinigten Staaten liegt vorläufig weiter nichts vor, als ein Reuterbericht, wonach der Republikaner Poinbexter im Kongreß einen Antrag gestellt hat, daß weitere Unterhandlungen mit Deutsch-land zu untersagen seien, bis die deutschen Streit-kräfte sich bedingungslos ergeben hätten.

Berlin, 22. Okt. Ueber die Aufnahme der deutschen Note in England liegen nur ein paar kurze Neußerungen vor. Sie sind der „Ingo-Presse“ entnommen und demgemäß zu beurteilen. „Daily Mail“ sagt: Deutschland fährt fort, in seinen Notens Überbieten zu schreiben und „Daily News“ meinen, die Deutschen hätten keine Ehre; sie konnten das Wort gar nicht. „Morningpost“ sagt, bis die Deutschen sich unter-worfen, kann keine Rede von Frieden sein. Das sind, wie gesagt, nur kurze Worte aus der Chau-vinistenpresse, aber sie zeigen, wie diese Presse selbst mit einer entgegenkommenden Antwort verfährt.

Auf dem östlichen Mueseufer beiderseits von Bouzies und östlich von Oisy haben die Kämpfe größeren Umfang angenommen. Unter stärkstem Artillerieeinmarsch griff der Feind am frühen Morgen zwischen Terron und Falaise, so-wie zwischen Oisy und Beurepaire an. Auf der Höhe westlich von Ballu konnte der Angriff etwas Boden gewinnen. An der übrigen Front ist er vor unseren Linien gescheitert.

Auch am Nachmittag brach der Feind nach erneuter stärkerer Artillerievorbereitung zum Angriff vor. Das erste bayerische Inf. Regt. un-ter Führung seines Kommandeurs Major Schmidler hat in zäher Verteidigung die Höhen von Chelstres gegen mehrfachen Ansturm des überlegenen Gegners gehalten. Auf der übrigen Front wurde der Feind unter schweren Verlusten für ihn abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwiz.

Zwischen Argonnen und Maas und zwischen Maas und Mosel rege nächtliche Feueraktivität. Teilkämpfe östlich der Maas und westlich der Mosel ohne besonderes Ergebnis.

Leutnant B l a n e r errang seinen 40. Luft-sieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Sudendorf.

Staatssekretär des Innern Trimborn über die Kriegsanleihe:

Die erste Bilanz des Reiches wird es sein, für die Zinsen der Kriegsanleihe zu sorgen.

Trimborn

Freundlichere Aufnahme in Frankreich.

Paris, 22. Okt. Der schweizerische Pressele-graph meldet über Genf: Sofort nach dem Be-kanntwerden der deutschen Antwortnote hatte Clemenceau mit dem Minister des Auswärtigen, Pichon, und dem amerikanischen Gesandten eine längere Unterredung. In Kreisen, die dem Mi-nisterpräsidenten nahe stehen, ist man der Auf-fassung, daß der Zeitpunkt näher gerückt ist, wo Frankreich sich direkt mit der Frage des Waffen-stillstandes zu befassen hat. Es ist festzustellen, daß, nachdem Clemenceau bei seiner letzten Rede die Vernichtungspolitik ablehnte, auch die Hal-tung der Nationalisten etwas gemäßigter gewor-den ist. Immerhin sind „Echo de Paris“, „Ma-tin“, „Pariser Journal“ und die meisten Blätter dieser Richtung mit der deutschen Antwort nicht zufrieden und betonen, die deutsche Note sei auch jetzt noch voller verkappter Fellen. Trotzdem kann man nicht sagen, daß diese Blätter alles in allem das deutsche Angebot ablehnen. Bedeut-ent entgegenkommender ist noch die „Humanité“, die die Voraussetzungen für den Waffenstillstand jetzt annähernd erfüllt glaubt. In ähnlichem Sinne schreiben die sozialistischen Blätter aller Farben. Es ist bedeutsam und sehr zu beachten, daß diese Blätter sich seit 12 Stunden scharf dar-auf berufen, die ganze öffentliche Meinung teile ihre Auffassung, daß man zum Waffenstillstand kommen müsse, da Deutschland die Bedingungen Wilsons angenommen und man es nach den in-neren Umwälzungen Deutschlands überhaupt nicht mehr mit einem Feinde, d. h. nicht mehr mit der Militärpartei und der früheren Regie-rung zu tun habe. Es liege kein Grund zu wei-terem Aufschub des Waffenstillstandes vor. Die öffentliche Meinung lehne weitere Blutopfer für einen weiter nicht mehr notwendigen Demon-strationskrieg ab. Fast alle Blätter der ent-schiedenen Linken schreiben in diesem Sinne.

Die Engländer und die Wilson-Punkte.

Berlin, 22. Okt. In der letzten Sitzung des englischen Unterhauses wurde der Schatzkanzler Bonar Law von mehreren Abgeordneten über das Verhältnis der Entente zu den 14 Punkten Wilsons befragt. Bonar erklärte im Namen der englischen Regierung, daß die Regie-rungen der Entente zu den 14 Punkten des Prä-sidenten und seinen späteren Kriegszielerklärungen noch keinerlei Stellung genommen haben. Ebenfalls hätte die Entente die Frage erör-tert, ob die 14 Punkte Wilsons als Basis für Friedensverhandlungen mit Deutschland dienen könnten. Auf weitere Fragen, die sich mit dem gleichen Gegenstand befäßen, lehnte Bonar Law die Antwort ab.

Die Oesterreicher wollen weiter verhandeln.

Wien, 22. Okt. Ministerpräsident Freiherr von Sussner erklärte heute im Herrenhause, die Antwort Wilsons biete keineswegs Anlaß, den angebotenen Gedankenaustrausch für abgebrochen zu betrachten. Man werde vielmehr nach sorg-fältiger Erwägung der in Wilsons Note enthal-tenen Momente die Friedensaktion fortsetzen und an die Beantwortung der Note schreiben. Wir hoffen, sagte er, daß die Friedensdiskussion trotz aller in der Nähe gelegenen Schwierigkeiten die Welt in nicht allzu ferner Zeit aus den un-möglichen Leiden des Krieges herausführen werde. Der Ministerpräsident erklärte dann, daß von altersher der Grundgedanke der Fabsbur-

gischen Monarchie der war, daß alle ihre Völker gleichen Rechte seien. Deshalb könnte sich Oesterreich ohne Abwendung von der eingewur-zelten Ueberzeugung zu dem Friedensprogramm Wilsons bekennen. Die Neuordnung der inne-ren Verhältnisse Oesterreichs sei eine innere Notwendigkeit, die wichtigste Schranke der Selbstbe-stimmung sei die gleichberechtigte Selbstbestim-mung jedes anderen.

Deutschland.

W.B. Berlin, 22. Okt. Wie wir hören, be-stätigt es sich, daß sich unter den vom letzten Gnadenakt betroffenen Personen auch Karl Vie-knecht befindet.

W.B. Berlin, 22. Okt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt halbamtlich: In verschiedenen Blättern sind Nachrichten aufgetaucht, daß die dänische Regierung an die kaiserliche Regierung eine Note gerichtet habe, die in lokaler Fassung nahelegt, gewisse Vertragspunkte aus den 60er Jahren, die bisher unerledigt geblieben waren, wohlwollend in Erwägung zu ziehen. Gegen-über diesen Meldungen stellen wir fest, daß die dänische Regierung weder eine Note an die Kai-serliche Regierung gesandt, noch in irgendeiner Form in der schleswighischen Frage an die Kai-serliche Regierung herangetreten ist.

Berlin, 22. Okt. Beim Reichskanzler fand gestern eine Sitzung des Kabinetts statt.

Berlin, 22. Okt. Der Chef des Admiralsta-bes der Marine, Admiral Schöer, ist nach dem Großen Hauptquartier abgereist.

Empfang beim Kaiser.

Berlin, 21. Okt. Der Kaiser empfing heute Nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers die neuernannten Staatssekretäre Scheidemann, Groeber, Erzberger, Haußmann, Trimborn und Bauer und die Unterstaatssekretäre David, Gies-berts, Robert Schmidt und Dr. August Müller.

Verweigerung von Pässen an Korsantj und Senba.

Berlin, 21. Okt. Den polnischen Delegierten Korsantj und Senba, die sich auf Einladung nach Warschau begeben wollten und als Minister für die deutschen Bestände des erhofften Großpo-lens genannt wurden, fand, wie die „Post“ an-meldet, die Pässe verweigert worden.

Die Verfassungsänderungen.

Berlin, 21. Okt. Die Fraktionen des Reichs-tags beschäftigen sich heute und morgen mit den mehrfach erwähnten Verfassungsänderungsan-trägen der Mehrheitsparteien und dazu vorlie-genden weitergehenden Forderungen der Unab-hängigen Sozialdemokraten. Die für heute an-beraumte gemeinsame Sitzung des Verfassungsaus-schusses ist verlagert worden, bis die Stellung-nahme der Fraktionen erfolgt ist. Von fort-schrittlicher Seite werden die Mehrheitsanträge auf Unterstellung der militärischen Stellen unter die Zivilregierung nochmals dahin zusammen-gefaßt, daß es sich handle um eine Aenderung des Fahneneides (Vereidigung der Offiziere und Mannschaften auch auf die Verfassung), um Ueberführung des Militärkabinetts in eine Ab-teilung des Kriegsministeriums, um Schaffung eines Staatssekretärs des Krieges, sowie Unter-stellung des Generalstabs unter den Reichs-kanzler und damit unter die Kontrolle des Reichs-tages. Die Unabhängigen Sozialdemokraten for-dern, daß künftig der Reichskanzler vom Reichs-tag ernannt und verabschiedet werden soll. Die Mehrheitsparteien werden das Ernennungsrecht des Kaisers nicht berühren, aber einen Zusatz for-mulieren, daß der Kanzler nur so lange im Amt bleiben kann, als er das Vertrauen des Reichs-tages besitzt. Dem dürften die Nationalliberalen zustimmen.

Deutschland und Japan.

W.B. Berlin, 20. Okt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt redaktionell:

In der Presse taucht erneut die Behauptung auf, der Krieg zwischen Deutschland und Japan hätte vermieden werden können, wenn die deut-sche Regierung gewissen, auf finanziellen Gebiet liegenden japanischen Wünschen entgegenkom-men wäre. Die völlig unbegründete Behaup-tung ist schon früher von uns richtiggestellt wor-den. Gleichzeitig wird die angeblich aus einem Privatbrief entnommene Behauptung aufgestellt, der kaiserliche Völksherr Graf Kogoro habe von Tokio aus 48 Stunden vor der japanischen Mo-bilmachung geantwortet: „Ihr seht wohl Ge-spensster in Tsingtau“, nachdem man ihn telegra-phisch darauf aufmerksam gemacht hatte, daß sich in Japan etwas gegen Deutschland zusammen-bräue. Wir können feststellen, daß ein solches Telegramm niemals ergangen ist.

Westfalen und Rheinland.

* West. Wie bekannt, war zum 1. August 1914 die Einrichtung eines militärischen Meldeamts in Aussicht genommen. Durch den Krieg mußte die Einrichtung jedoch verschoben werden. Nunmehr wird das Meldeamt am 1. November d. Js. eröffnet und, soweit bekannt, ihm die Orte Westerholt, Hordt-Em-scher, Gladbeck, Bottrop und Osterfeld zugeteilt. Dem Vernehmen nach werden 1 Offizier, 6 Beiratsel-webel und die nötigen Mannschaften nach hier kom-mandiert werden. Die Büros werden vorläufig in dem Gebäude des alten Amtsgerichts an der Hof-strasse, in dem sich auch die städtische Sparkasse be-findet, eingerichtet werden. — Mit dem Bau der

Stadtbahn
begonnen worden.
* Altenhof.
Bewertungsverfah-ren in der
Grundbesitzes un-terbreiten. Da-auf Betrieb; han-den. Zum 1. be-ist und 10 St.
* Bergen-Hil-
die Katholiken
denat. Wurde
in Bergen, den
schließlich für
10. Uhr morgen-
erlichen Devoten
Gerle und Herr
bisher gehörte,
seht ab wird in
um 8 Uhr eine
Uhr eine Andach-
t wird Montags
Messe gelesen.
schaften Vorhänge
willigkeit der
es möglich gewor-
und keine Umwan-
facher aber durch-
Auch das Glöck-
fürderhin zum
* Wassen. W.
de die Frau des
ins Amtsgericht
Verhaftete hatte
fallen und ihm
verletzungen be-
am Leben erhalten
einem Jahre zum

Aus

Stadt. Miteinigt
Auf die Befrei-
nummer betr.
Miteinigungsam-
hin. Wir machen
sam, daß der An-
samkeit der Ründ-
schieden, „unver-
bürgung ausgegan-
Das Miteinigungs-
tungsgebäude des
nächstes 2. Zim-
Ferienordnung für
Für die Schulen
Oberpräsident für
Ferienordnung bestim-
Osterferien: Donner-
ferien: Freitag, den
den 5. August; Wei-
Dezember. — Beginn

Es ist bestimmt
vom Liechten

Dem lieben Oot
mittags 12 1/2 Uhr
Töchterchen

Margare

zu sich in den
Alter nach kurzer,
Alter von 2 Jahren

Dies zeigen tiefst

Bocholt, Wesel

Die Beerdigung
nachmittags 2 Uhr
straße 36 aus, wozu

Bekann

Umt

Die regelmäßigen
Ende dieses Jahres
Ordnung für die Provi-
1856: ausstehenden
Wahlrecht, dem 27. No-
Uhr im Lokale des Wi-
Es ist
Aus der 1. Abteilung:
Landwirt Bernhard
aus der 2. Abteilung:
Landwirt Bernhard
aus der 3. Abteilung:
Landwirt Bernhard
Die Wahlen werden
vorgenommen, von denen
werden. Die Stimmbere-
nannten Abteilungen u-
zur Wahl eingeladen, die
beschlossen hat, wegen
den Wahlrechts des Ar-
beauftragte, Berichtig-
Wahlkreises Ostland zu
jährigen Wahlen die letzte
zu legen.
Dinsden, den 22. Okt.

alle ihre Wäster
schalt. Könnte sich
von der eingewur-
Friedensprogramm
ordnung der inne-
ei eine innere Not-
rante der Selbstbe-
tigte Selbstbestim-

nd.
Wie wir hören, be-
den vom letzten
en auch Karl Vie-

Die „Nordb. Allg.
In verschiedenen
getaucht, daß die
slerische Regierung
in loyaler Haltung
unkte aus den 60er
geblieben waren,
ziehen. Gegen-
wir fest, daß die
Note an die Kai-
sch in irgendeiner
age an die Kaiser-
ist.

Reichskanzler fand
stabsinhalts. Statt
des Admirals
e r, ist nach dem
ist.

aiser.
Der empfang heute
des Reichskanzlers
äre Scheidemann,
in, Trimborn und
etäre David, Gies-
r. August Müller,
n Korsant und

ischen Delegierten
auf Einladung nach
als Minister für
erhofften Großpo-
e die „Voss. Ztg.“
worden.

tionen des Reichs-
morgen mit den
ungsänderungsan-
und dazu vorlie-
ungen der Unab-
Die für heute an-
Verfassungsaus-
die die Stellung-
ist. Von fort-
Mehrheitsanträge
hen Stellen unter
ahin zusammen-
eine Veränderung
der Offiziere und
Verfassung), um
tets in eine Ab-
s, um Schaffung
des, sowie Unter-
den Reichskanz-
lle des Reichsta-
demokraten for-
ler vom Reichs-
werden soll. Die
Ernennungsrecht
einen Zusatz for-
so lange im Amt
nen des Reichs-
tationalliberalen

pan.
„Norddeutsche
bationell:

die Behauptung
and und Japan
wenn die deut-
angliehem Gebiet
entgegenkom-
bündete Behaup-
stigmatisiert wor-
blich aus einem
tung aufgestellt.
Reg habe von
apanischen Mo-
leht wohl Ge-
an ihn telegra-
hatte, daß sich
and zusammen-
daß ein solches
ist.

einland.
1. August 1914
Wiedemanns in
mußte die Ein-
nunmehr wird
s, eröffnet und
holt, Fort-Em-
d zugeführt. Dem
8 Bezirksfeld-
nach hier kom-
vorläufig in
is an der Hoch-
e Sparasse be-
dem Bau der

Strassenbahn Buer-Schöden ist in diesen Tagen
begonnen worden.

* Altdorf. Die am 4. November stattfindende
Gewerkschaftsversammlung des Steinbohlenbergwerks
Bewalt in Ueberruhr soll über den Verlauf des
Grundbesitzes und die Beendigung der Liquidation
beschließen. Das Steinbohlenbergwerk ist seit 1886
außer Betrieb; Betriebsanlagen sind nicht mehr vor-
handen. Zum Verkauf kommen 28 Morgen Grund-
besitz und 10 Häuser.

* Bergen-Hiltrop. Der letzte Sonntag war für
die Katholiken unserer Gemeinde ein großer Freu-
dentag. Wurde doch in dem Festsaal der Schule
in Bergen, den die Gemeinde den Katholiken aus-
schließlich für kirchliche Zwecke überlassen hatte, um
10 Uhr morgens der erste Gottesdienst mit einem fei-
erlichen Beisitzende eröffnet. Die Geistlichkeit von
Gerfe und Herne Herz-Jesu, wozu Bergen-Hiltrop
bisher gehörte, war zu dieser Feier anwesend. Von
fest ab wird in der neuen Gemeinde jeden Sonntag
um 8 Uhr eine hl. Messe gelesen und nachmittags 2
Uhr eine Andacht abgehalten. An den Werktagen
wird Montags und Freitags um 7 1/2 Uhr je eine hl.
Messe gelesen. — Dank der Mithilfe der Gewer-
schaften Lothringen und Constantin und der Opfer-
willigkeit der Katholiken von Bergen-Hiltrop war
es möglich geworden, die Einrichtung des Raumes
und seine Umwandlung zu einer Kapelle in zwar ein-
facher aber durchaus würdiger Weise zu ermöglichen.
Auch das Glöcklein steht nicht, das die Gläubigen
fürherhin zum Dienste des Allerhöchsten einludet.

* Wassen. Wegen verurteilten Gattenmordes wur-
de die Frau des Bergmanns Mehre verhaftet und
ins Amtsgerichtsgefängnis in Unna gebracht. Die
Verhaftete hatte nachts ihren schlafenden Mann über-
fallen und ihm mit einem Hammer schwere Kopf-
verletzungen beigebracht, doch dürfte der Verletzte
am Leben erhalten bleiben. Mehre war seit etwa
einem Jahre zum zweitenmal verheiratet.

Aus der Heimat.

Städt. Mieteinigungsamt.

Auf die Bekanntmachung in der heutigen
Nummer betr. die Befugnisse des städtischen
Mieteinigungsamtes weisen wir unsere Leser
hin. Wir machen insbesondere darauf aufmerk-
sam, daß der Antrag des Mieters, über die Wir-
ksamkeit der Kündigung des Vermieters zu ent-
scheiden, „unverzüglich“, nachdem ihm die Kün-
digung zugegangen ist, gestellt werden muß. —
Das Mieteinigungsamt befindet sich im Verwal-
tungsgebäude des Kriegswohlfahrtsamtes, Kö-
nigsstraße 2, Zimmer 4.

Ferienordnung für das Jahr 1919/20.

Für die Schulen des Amtsbezirks hat der Herr
Oberpräsident für das Schuljahr 1919/20 folgende
Ferienordnung bestimmt: Schluß des Unterrichts:
Osterferien: Donnerstag, den 3. April 1919; Pfingst-
ferien: Freitag, den 6. Juni; Herbstferien: Dinstag,
den 5. August; Weihnachtsferien: Dienstag, den 23.
Dezember. — Beginn des Unterrichts: Osterferien:

Donnerstag, den 24. April 1919, Pfingstferien: Dien-
stag, den 17. Juni; Herbstferien: Mittwoch, den 10.
September; Weihnachtsferien: Donnerstag, den 8.
Januar 1920. Schluß des Schuljahres: Dienstag,
den 30. März 1920.

Die Kriegsamtstelle Münster.

gleichzeitig Abteilung I (Reklamationsabtei-
lung) des stellvert. Generalstabskommandos 7. Armee-
korps, hat, wie das stellvertretende Generalstabskom-
mando 7. Armeekorps mitteilt, ihre Geschäftsräume ins Vor-
raum (Domplatz 8) verlegt. Besuchszeiten für
das Publikum sind wie bisher an Wochentagen von
10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags. Samstags
und Sonntags werden keine Besucher empfangen.

1 1/2 Millionen Anzüge für entlassene Krieger.

Die Reichsbekleidungsstelle hat einen Verfor-
gungsplan bekannt gegeben, wonach 750 000 Anzüge
und 250 000 Mäntel aus getragenen Militärjacken
und 500 000 neue Anzüge für bedürftige entlassene
Krieger bestimmt sind. Zunächst werden nur An-
züge aus getragenen Militärjacken abgegeben. Neue
Sachen müssen erst angefertigt werden, jedoch eine
Abgabe von neuen Anzügen bis auf weiteres noch
nicht möglich ist. Die Anzüge und Mäntel werden
nur an bedürftige Entlassene abgegeben. Nach der
Bekanntmachung ist bedürftig, wer keinen brauch-
baren bürgerlichen Anzug oder Mantel besitzt und der-
art unbedürftig ist, daß er sich diese Kleidungsstücke
im freien Verkehr zu den dafür üblichen angemessenen
Preisen nicht kaufen kann. 200 000 Anzüge und
20 000 Mäntel werden an die Vermittler der Entlas-
senen unentgeltlich abgegeben. Bei den übrigen Klei-
dungsstücken gewährt das Reich einen Zuschuß von
10 oder 14 M. zur Verbilligung. Hierfür hat das
Reichsbekleidungsamt 21 Millionen M. bewilligt. Mit der
Abgabe der Kleidungsstücke sind die Kommunalver-
bände beauftragt worden. Es werden nur solche
bedürftige Unteroffiziere und Mannschaften des See-
res und der Marine verorgt, die während des Krie-
ges aus allen militärischen Verhältnissen oder nach
dem Kriege infolge der Erfüllung entlassen wer-
den. Wer während des Krieges infolge Reklamati-
on zur Aufnahme von Arbeiten usw. entlassen wird,
und dessen Wiedereingliederung zum Heeresdienst nicht
ausgeschlossen ist, wird auf diesem Wege nicht ver-
sorgt. Die Entlassenen erhalten nur einmal unmit-
telbar nach der Entlassung einen Anzug oder Man-
tel. Außer den Kleidungsstücken, die die Reichsbe-
kleidungsstelle an die Kommunalverbände liefert,
werden auch von den Kommunalverbänden selbst
Anzüge und Mäntel aufgebracht. Sie müssen ein
Drittel der getragenen Männeroberbekleidung die sie
in ihren Arbeitskleidungsstellen gesammelt haben, für
bedürftige Krieger zurückstellen und dürfen sie nur
an solche abgeben.

Bürgerliche Kleidung für Unteroffiziere und Mann- schaften aus Heeresbeständen.

Vom 1. Januar 1919 an werden Unteroffiziere
und Mannschaften, die unbefugten Anspruch auf un-
entgeltliche militärische Einkleidung haben, aus dien-
stlichen Gründen, aber genötigt sind, bürgerliche Klei-
dung zu tragen, und nach den bisherigen Bestimmungen
hierfür eine Geldentschädigung erhalten, mit

bürgerlicher Bekleidung aus Heeresbeständen in Na-
tur ausgestattet. Zur Beschaffung und Unterhaltung
von Schuhzeug, Wäsche und entsprechender Kopfbe-
deckung wird eine monatliche Entschädigung von
20 M. gewährt, die um 5 M., wenn Schuhzeug, um 3 M.,
wenn Wäsche, und um 2 M. zu kürzen ist, wenn
Schuhzeug und Wäsche aus Heeresbeständen geliefert
und unterhalten werden. Die Anfertigung der Zi-
viskleider erfolgt beim Kriegsbekleidungsamt des
Gardekorps.

Zurückziehung von schmutzigem Papiergeld.

Papiergeld läuft vielfach in schmutzigem Zustand
um. Der Finanzminister hat deshalb die Kassen an-
gewiesen beschädigte und unbrauchbar gewordene
Banknoten, Reichsbankscheine und Darlehenssta-
fenscheine zwar anzunehmen, aber nicht wieder aus-
zugeben. Sie sollen bei der Reichsschuldenverwal-
tung oder der Reichsbank gegen unlauffähiges Pa-
piergeld umgetauscht werden. Dies gilt auch für
geliebte und beschmutzte Scheine.

„I. Wiemannshof, Landsturmann Heinrich S. Jü-
ter, Reichste Munitionskolonie 183, Reserve-Feld-
Art.-Regiment 47, erhielt das Eisene Kreuz 2. Kl.
II. Müllum. Das Eisene Kreuz 1. Klasse er-
hielt als erster aus Müllum für besondere Leistungen
vor dem Feinde der Vizefeldwebel S. Hölle im
Inf.-Reg. 13, 6. Komp.

Eingelandt.

Postschmerzen.

Ueber mangelndes Entgegenkommen seitens
der hiesigen im Hilfsdienst beschäftigten
Post-Schalterbeamten gehen uns so viele Klagen
zu, daß wir uns genötigt sehen, eine der maß-
vollsten Zuschriften im Folgenden wiederzugeben
in der Hoffnung, daß dadurch berechtigten Kla-
gen abgeholfen werden wird.

Man schreibt uns: „Das Verhalten der im
Hilfsdienst tätigen Schalterbeamten gegenüber
dem Publikum, das man direkt als rüchloslos
bezeichnen muß, ist um so auffällender, als es sich
um Geschäftsleute dreht, die sich ihren Kunden
gegenüber ein solches Benehmen niemals gestat-
tet hätten und auch nie erlauben würden. Daß
bei dem heute so starken Andrang und bei der
Neuordnung des Posttarifs sich das Schalterge-
schäft nicht so glatt abwickeln kann; wie sonst, sei
ohne Weiteres zugegeben. Daß aber durch all-
zu grobe Barschheit, um nicht zu sagen, Grobheit,
der Beamten nichts gebessert wird, liegt eben-
falls auf der Hand. 3. B.: Ein Brief oder eine
Postanweisung ist nicht genügend frankiert. Der
Beamte, obwohl er auch Postwertzeichen hat,
weist die Sendung einfach zurück. — Ein Dien-
stmädchen kommt mit einem Pack Briefen, bezahlt
mit einem Fünfmarschein. Der Beamte kann
angelächelt nicht herausgeben und gibt einfach alle
Sendungen wieder heraus. — Ein Herr hat nicht

genügend Kleingeld und will ein Postwertzeich-
n mit in Zahlung geben. Der Beamte verweigert
die Annahme, obwohl er selbst mit Postwertzei-
chen das Publikum begahlt, wenn er gerade lei-
nen Groschen zur Hand hat usw. usw. Von dem
Ton, mit dem das „Ich“ angeheißt wird, wol-
len wir lieber schweigen. Glaubt man, daß man
auf diese Weise das Publikum „aufklärt“ und
die „Stimmung hebt“? Es ist hohe Zeit, daß
da von Aufschwungswegen eingeschritten und den
Hilfsdienstpflichtigen eingeschärft wird, daß Höf-
lichkeit und Zuvorkommenheit auch im Kriege
und da erst recht Erfordernis für einen
Reichspostbeamten sind.“

Die 9. Kriegsanleihe

muß unsere Kraft

kürzen. Friedensberei

dürfen wir nicht wehrlos auf der Wal-

statt liegen!



Ludendorff.

Neueste Telegramme.

WTB. Berlin, 23. Okt. Der Reichskanzler
ist an leichter Grippe erkrankt.

WTB. Berlin, 23. Okt. Wie die Blätter mel-
den, hat die konservative Reichstagsfraktion fol-
genden Antrag eingebracht, darauf hinzuwirken,
daß a) die Wählung der Mannschaften und Un-
teroffiziere vom 1. Oktober 1918 ab mindestens
verdoppelt und eine angemessene Aufbesserung
der Gehälter für Offiziere baldmöglichst durch-
geführt werde; b) die gleiche Beförderung von
Offizieren und Mannschaften durchzuführen.

WTB. Dresden, 23. Okt. Die konservative
Fraktion der 2. Ständekammer hat einstimmig
einen Beschluß gefaßt, der sich für die Einfüh-
rung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts
in Sachsen ausspricht. Der konservative Landes-
verein billigte in seiner gestrigen Sitzung diesen
Beschluss und drückte den Wunsch aus, daß das
allgemeine und gleiche Wahlrecht ohne Sicherun-
gen, also ohne Zusatzklauseln und ohne Verhält-
niswahl herbeizuführen sei.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Hofb.,
für das Feuilleton: H. Temming, für den Reklame-
und Anzeigenteil: Franz Heagen, sämtlich in Bocholt.

Bekanntmachung.

Nach Absatz 3 des Erlasses des Herrn Staats-
kommissars für das Wohnungswesen vom 21. Septem-
ber 1918 heißt das städtische Einigungsamt in Bo-
cholt die in den §§ 2-4 der Bekanntmachung des
Herrn Reichskanzlers vom 23. September 1918 vorge-
sehene Befugnis:

1. auf Anrufen eines Mieters
a) über die Wirksamkeit einer Kündigung des
Vermieters und über die Fortsetzung des ge-
kündigten Mietverhältnisses jeweils bis zur
Dauer eines Jahres bestimmen.
b) ein ohne Kündigung ablaufendes Mietver-
hältnis jeweils bis zur Dauer eines Jahres
verlängern.
2. auf Anrufen eines Vermieters einen mit einem
neuen Mieter abzuschließenden Mietvertrag, des-
sen Erfüllung von einer Entscheidung gemäß
Nr. 1 oder von einem vor dem Einigungsamt
geschlossenen Vergleich betroffen wird, mit rück-
wirkender Kraft aufheben.

Bestimmt in den Fällen des Abs. 1. Nr. 1 das
Einigungsamt die Fortsetzung oder Verlängerung des
Mietverhältnisses, so kann es dem Mieter neue Ver-
pflichtungen auferlegen, insbesondere den Mietzins
erhöhen.

Der Antrag des Mieters, über die Wirksamkeit
der Kündigung des Vermieters zu entscheiden (Abs.
1. Nr. 1a), ist unverzüglich, nachdem die Kün-
digung ihm zugegangen ist, zu stellen. Der Antrag,
ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis zu
verlängern (Abs. 1. Nr. 1b), ist so frühzeitig zu stel-
len, wie es von dem Mieter unter Berücksichtigung
der Interessen des Vermieters verlangt werden
kann. Der Antrag kann in beiden Fällen nicht mehr
gestellt werden, wenn die Mietzeit abgelaufen ist oder
die Parteien die Fortsetzung des Mietverhältnisses
vereinbart haben.

Sat sich ein Vermieter einer öffentlichen Behörde
gegenüber verpflichtet, die Festsetzung des Mietzins-
ses oder anderer Bestimmungen des Mietvertrages
durch das Einigungsamt bewirken zu lassen, so steht
dieses die Bestimmungen des Mietvertrages auf An-
trag der Behörde oder des Vermieters fest.

Die Erlaubnis des Vermieters, den Gebrauch der
gemieteten Sache einem Dritten zu überlassen, ins-
besondere die Sache weiter zu vermieten (§ 549
Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches) wird durch
das Einigungsamt erst dann erteilt, wenn durch
das Einigungsamt soll die Erlaubnis verlangt, wenn
der Vermieter sie aus einem wichtigen Grunde ver-
weigert hat.

Bocholt, den 22. Oktober 1918.
Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Umt Rhede.

In dieser Woche sollen für die Fleischverfor-
gungsberechtigten auf die Fleischmärkte der 48. Woche
pro Kopf 250 Gramm Fleischmehl verabfolgt wer-
den. Das Fleisch ist in den Geschäften von Theodor
Schilling und Konsum-Gesellschaft eintausch zu
haben. Die Fleischmärkte berechnen nur in dieser
Woche zum Bezugs von Fleisch.
Rhede, den 23. Oktober 1918.
Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Zur Vornahme der regelmäßigen Ergrünungswah-
len für die mit Ende dieses Jahres nach § 26 der
Landgemeinde-Ordnung für die Provinz Westfalen
vom 19. März 1856 auszuführenden Gemeindever-
ordneten des Amtes Rhebe werden folgende Termine
angelegt:

1. Gemeinde Rhebe:
am Montag, dem 25. November 1918, vormittags
9 Uhr auf dem Amtsbüro in Rhebe;
2. Gemeinde Altrhebe:
am Montag, dem 25. November 1918, vormittags
10 Uhr auf dem Amtsbüro in Rhebe;
3. Gemeinde Büngrn:
am Montag, dem 25. November 1918, nachmit-
tags 3 Uhr in der Schule in Büngrn;
4. Gemeinde Crommert:
am Dienstag, dem 26. November 1918, nachmit-
tags 3 Uhr in der Schule in Crommert;
5. Gemeinde Kretzing:
am Montag, dem 25. November 1918, nachmit-
tags 4 Uhr in der Schule in Kretzing;
6. Gemeinde Bardinghoff:
am Dienstag, dem 26. November 1918, vormit-
tags 10 Uhr in der Schule in Bardinghoff.

Es scheiden aus:

- a) Gemeinde Rhebe:
aus der 1. Abteilung: Brennerelbesker Johann
Geuting, verstorben, in Rhebe;
aus der 2. Abteilung: Fabrikant Josef Hoed in
Rhebe;
aus der 3. Abteilung: a) Maurer Johann Bö-
ling in Rhebe, b) Andreher Johann Alenhaus
in Rhebe;
- b) Gemeinde Altrhebe:
aus der 1. Abteilung: Zimmermann Theodor
Rattigke in Altrhebe;
aus der 2. Abteilung: Landwirt Johann Gie-
ling, verstorben, in Altrhebe;
- c) Gemeinde Büngrn:
aus der 2. Abteilung: Landwirt Wilhelm Ven-
ling in Büngrn;
aus der 3. Abteilung: Arbeiter Bernhard Halter-
mann aus Büngrn;
- d) Gemeinde Crommert:
aus der 1. Abteilung: Landwirt Josef Over-
kamp in Crommert;
aus der 2. Abteilung: Landwirt Bernhard Gar-
vert, verstorben, in Crommert;
- e) Gemeinde Kretzing:
aus der 1. Abteilung: Mühlenbesitzer Gerhard
Tinnefeld in Kretzing;
aus der 2. Abteilung: Fabrikarbeiter Heinrich
Lebrade in Kretzing;
- f) Gemeinde Bardinghoff:
aus der 1. Abteilung: a) Landwirt Hermann
Volls in Bardinghoff, b) Landwirt Bernhard
Klein-Höflich in Bardinghoff;
aus der 2. Abteilung: a) Landwirt Bernhard
Große-Benhaus in Bardinghoff, b) Erlahwähl
für den verstorbenen Landwirt Wilhelm Höflich
genannt Zeinen in Bardinghoff;
aus der 3. Abteilung: a) Erlahwähl für den ver-
storbenen Arbeiter Heinrich Korfke in Bar-
dinghoff, b) Erlahwähl für den verstorbenen
Landwirt Johann Wüsterhoff in Bardinghoff.

Die Wahlen werden von denselben Abteilungen
vorgesehen, von denen die Auscheidenden ge-
wählt werden. Die stimmberechtigten Mitglieder

der genannten Abteilungen werden mit dem Bemer-
ken zur Wahl eingeladen, daß die Gemeindevor-
stände der einzelnen Gemeinden beabsichtigen haben,
wegen Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts
der Kriegsteilnehmer von einer Neuaufstellung, all-
gemein und Einzelberufung sowie Auslegung
der Wählerlisten abzusehen und bei den diesbezüg-
lichen Wahlen die letzte endgültige Liste zu Grunde
zu legen.
Rhede, den 18. Oktober 1918.
Der Amtmann: Brede.

Bekanntmachung

Safer-Vieferung.

Die Landwirte der Amtsbezirke Rhebe und Ding-
den werden hiermit aufgefordert, mit dem Ausbruch
ihrer Safer-Vorräte sofort zu beginnen und die ih-
nen nicht aufstehenden Mengen umgehend an die Kom-
missionäre Kaufmann Theodor Köppling in Rhebe
bzw. Händler Johann Engenhof in Dingden abzu-
liefern.
Die sofortige Ablieferung der Safermengen ist
im öffentlichen und Heeresinteresse unbedingt not-
wendig.
Rhede/Dingden, den 18. Oktober 1918.
Der Amtmann.

Ein properes Mädchen

nach der Schulzeit gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

Mädchen

für ganze oder halbe Tage
gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

Mädchen

für kleinen Haushalt nach
Wesel gesucht.
Anmeldung No. 21.

Mädchen

auf dem Lande gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

Putzfrau

für Samstags-Nachmittags
gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

Ein Bäder- Lehrling

gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

Wohnung

sofort oder 1. Jan. zu verm.
Dingdener Chaussee 11.

Haben Sie Kühenaugen?

Sarcosin-Plaster helfen
hier. Nur erhältlich in
der Drogerie BRUNS.

Junge Schweine und ein Schafbock

zu verkaufen bei
S. Wielefeld,
Büngrn Nr. 19,
bei Brennerel J. Gonsel.

Ein Mutterfisch und ein Schafbock

zu verkaufen.
Tellers, Sachsenstr. 53.



Statt besonderer Anzeige.

Montag vormittag 11 1/2 Uhr nahm uns Gott der Herr meine liebe, älteste Tochter, unsere gute Schwester,

Diakonissin

Anna Willmund.

Sie starb infolge kurzer, schwerer Lungenentzündung im Alter von 29 Jahren, nachdem sie vier Jahre in treuester Pflichterfüllung den ihr so lieb gewordenen schweren Beruf ausgeübt hatte.

In tiefem Schmerz:

Frau Caroline Willmund geb. Schopen,
Luise Willmund,
Emilie Willmund,
Ernst Willmund z. Zt. Straßburg,
Marie Willmund.

Hagen i. W., den 21. Oktober 1918.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag vormittag 10 1/2 Uhr vom Johanner-Krankenhaus in Bonn aus.



Es hat Gott dem Herrn in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen gegen 11 Uhr meinen innigstgeliebten Gatten, unsern treusorgenden Vater, den

Kaufmann

Bernard Kruse

zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Er starb zwar unerwartet, aber doch wohl vorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel, im 59. Jahre seines Lebens.

Wir empfehlen seine Seele der christlichen Fürbitte.

In tiefer Trauer

Frau Ww. Kruse geb. Schepers,
Johann Kruse,
Joseph Kruse,
Aloys Kruse,
Toni Kruse,
Wilhelm Kruse,
Eduard Kruse.

Dingden, westl. Kriegsschauplatz, Otten, Handorf bei Münster, Reht (Holland), Bocholt, den 21. Oktober 1918.

Die Beerdigung, wozu frdl. eingeladen wird, findet statt am Samstag morgen 9 Uhr in Dingden, gleich darauf die feierlichen Exequien in der Pfarrkirche.

Alle, welche aus Verehrn keine besondere Einladung erhalten haben, werden gebeten, vorstehende Anzeige als solche zu betrachten.



Am Sonntag vormittag 11 Uhr starb nach langer Krankheit unsere Mitarbeiterin

Elise Tünte

im jugendlichen Alter von 16 Jahren. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma
Spinnerci & Weberei Herding.

Schalbretter

preiswert abzugeben.

Ant. Manland,
Sägewerk.

Saatweizen

ist eingetroffen.

B. Rütten, Bocholt, Molkerei.

Kath. Kreuzbündnis-Ortsgruppe Niebühren.

Unser langjähriges, treues Vereinsmitglied
Frau Heinrich Dunker
ist gestorben. Die hl. Messe ist Samstag 17 Uhr, 8 Uhr die Beerdigung.
Der Vorstand.

Kath. Gesellenverein Bocholt.

Am 20. Abendung von
Leibesgaben an unsere Ehrenmitglieder und Mitglieder, die unter beiführenden stehen, bitten wir die Angehörigen beim Meßker um Anwesenheit. **Freitag, den 20. 10.,** bei den Präses
Bitar Sedmann,
Kaplan Gwerling.

Obstbaumlaub,

Äpfel, Äpfel, Birnen, Linden- und Kastanienlaub, welches infolge Kälte ober Frost von den Ästen abgefallen ist, wird zu guten Preisen in größten Mengen, nach Arten getrennt, sauber verlesen und getrocknet, gekauft.

Auch Rosenblütenblätter werden angenommen.

Annahmestelle u. Verteilung von Einleitungen Montag, Mittwoch, Freitag bei **Kontor Danner und Dörweiler, Bocholt.**

Für unsere neuesten Haushalt-Schläger,

Waffenartikel 1. Ranges, für die jedes Geschäftsführer ist, werden allerorts tüchtig. Vertreter gesucht, die auf eigene Rechnung arbeiten. Muster nur gegen Mk. 1 — oder Nachnahme.
Gebr. Chem. Präparate.
H. J. Jöhnen, Köln a. Rhein, Venloerstraße Nr. 7.

Ein zuverlässiges Pferd zu verkaufen.
Herrn. Gries, Dord.

Einige 1000 Pfund gutes

Heu

zu kaufen gesucht.
Joseph Marlie.



Nach Gottes hl. Willen entschlief am Montag abend 11 Uhr mein herzenguter, unvergesslicher Mann, unser guter, treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Kgl. Lademeister

Herr Heinrich Kalkofen

Inhaber des Verdienstkreuzes.

Er starb nach kurzer, schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 45 Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten in tiefem Schmerze:

Frau Heinrich Kalkofen
Bernhardine geb. Große-Heilmann
Heinrich Kalkofen
Franz Kalkofen
Erna Kalkofen
Ida Kalkofen
Maria Kalkofen
Christine Kalkofen
Luzia Kalkofen
Leo Kalkofen.

Alle, die ihn gekannt, wissen, was wir verloren.

Bocholt, den 22. Oktober 1918.

Die Beerdigung findet statt am Freitag morgen 8 Uhr vom Sterbehause, Reygerstraße 94/16 aus; das hl. Seelenamt Samstag morgen 7,15 Uhr in der Liebfrauenkirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

Sollte jemand aus Verehrn keine besondere Einladung erhalten haben, so bitten wir, vorstehende Anzeige als solche zu betrachten.



Nachruf.

Am 21. Oktober verschied nach kurzer Krankheit, der Kgl. Lademeister

Herr Heinrich Kalkofen.

Dem lieben und pflichttreuen Mitarbeiter werden ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren

Die Beamten und Arbeiter
der Königl. Gitterabfertigung Bocholt.

Staats-Eisenbahn-Verein Bocholt.

Nachruf.

Am 21. Oktober verschied unser treues Vereinsmitglied, der

Königl. Eisenb.-Lademeister Kalkofen

Inhaber des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe, im Alter von 46 Jahren. Sein Andenken bleibt bei uns in Ehren.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 25. Oktober, morgens 8 Uhr vom Sterbehause Reygerstr. 94/16 aus; das Seelenamt Samstag, den 26. Oktober, morg. 7 1/2 Uhr in der Liebfrauenkirche, wozu die Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

In diejenigen Haushaltungen, die Speisemehren durch Vermittlung der Stadt beziehen wollen, werden Anmeldebücher bei Abholung der Brotkörbe ausgegeben.
Die ausgefüllten Anträge müssen bis spätestens Montag, den 28. d. Mts. im Zimmer 1 des Lebensmittellagers wieder eingereicht werden.
Merkblätter für den künftigen Obstbau werden ebenfalls während der Brotbuchausgabe im Zimmer 1 des Lebensmittellagers unentgeltlich an Interessenten verabfolgt.
Bocholt, den 23. Oktober 1918.
Der Erste Bürgermeister.

Nährmittel-Sonderausgabe

Donnerstag nachmittag und Freitag an Inhaber der Lebensmittellisten 1301-1700 gegen Eintragung in Feld 27 der Lebensmittelliste der Gme u. Klempenhoff.
Bocholt, den 23. Oktober 1918.
Der Erste Bürgermeister.



Die Beisetzung unseres Bruders, des
off.-Stellv. **Paul Löwenstein**

findet statt am Freitag, dem 25. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr vom Bahnhof Bocholt aus

Vereinigte Kriegervereine der Stadt Bocholt.



Der Offizier-Stellvertreter

Paul Löwenstein

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Kl. aus Bocholt ist infolge seiner schweren Verwundung gestorben. Die Leiche ist nach hier überführt.

Die Beerdigung findet statt am Freitag nachmittag 3 1/2 Uhr vom Bahnhof aus zum israelitischen Friedhof.

Antreten der Vereine am Bahnhof, mein herzenguter Sohn, unser lieber Vetter und Schwager, der

Namens der vereinigten Kriegervereine:
v. Velsen, Kommerzienrat.



Sonntag morgen 2 1/2 Uhr verschied nach Gottes hl. Willen infolge Lungenentzündung, die er sich im Felde zugezogen hat, im fast vollendeten 36. Lebensjahre, im Hospital Obin-Deutz, mein innigstgeliebter Mann, der treusorgende Vater seiner beiden Lieblinge, mein herzenguter Sohn, unser lieber Vetter und Schwager, der

Lehrer

Heinrich Gosmann

Gefreiter der Landwehr,
Ritter des Eisernen Kreuzes II. Klasse.

Die tieftraurigen Hinterbliebenen:

Frau Gertrud Gosmann
geb. Bonin,
Elfriede Gosmann,
Gertrud Gosmann,
Ww. Math. Gosmann.

Suderwick, den 20. Oktober 1918.

Die Beerdigung findet statt in Suderwick, am Freitag, dem 25. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Kirche aus.



Dem allmächtigen Gott hat es gefallen, unsern Lehrer

Heinrich Gosmann

Gefreiter der Landwehr,
Ritter des Eisernen Kreuzes II. Klasse,

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Er hat in der Zeit seiner Wirksamkeit in unserer Gemeinde mit ganzer Treue und Hingabe seine Gaben als Erzieher der Jugend gewidmet. Die Liebe und Dankbarkeit von Eltern und Kindern folgt ihm über das Grab hinaus.

Die evang. Schulgemeinde.

Suderwick, 20. Oktober 1918.

Zeitungsboten

oder Botin für das Anwerdort gesucht.
Bocholter Volksblatt.



Regungspreis: Dur...
voll abgeholt nterel...
gebrach 2.97. Erle...
feiertagen. Se. 2.8...
Rhebe. 7. 5. an

mtlicher

47. Nabrac

In die Red...
die Gutmü...
Ausländer...
bewiesen haben.
Ein großer Teil...
tapferen Trupp...
reien urteilslos...
geworden. Die...
Hilfe ihres aus...
weges alles ersa...
lich sein konnte...
Agenten erst re...
das sie uns ab...
könniten. Daru...
je, jede unbedac...
lassen. Der Ge...
Deutschland te...
nährt und unje...
Bewußtsein erf...
Willen der Fri...
wünscht.

Die politisd

Ne

Berlin, 23. Okt...
Menum des Reich...
über die gestern a...
fort. Der Abg. Haas...
traten blieb bei der...
mokratie, etwas Er...
kleinen Teil Deffen...
und erreicht werde...
wenn ihm der Fried...
die innerpolitische...
ben scheint. Für i...
voll der Mängel de...
und Städtchen des...
er „Fälle“ herbeige...
vom Rücktritt des...
die lauteste Entrüst

Dann erhebt sich...
— der Kanzler ist a...
verteidigt mit Wärr...
gegenüber den Ang...
servativen Führer...
worden sind. Er grif...
Weshalb ist nicht e...
schaffen worden? T...
ausgegangen, ein A...
den. Die gestrige...
aber bewiesen, daß...
Regierung und dies...
halt des Friedens...
noch über die Refe...
sei. Namens der R...
schließlich die Erklä...
Einführung des par...
die Abgabe einer...
Regierung, die nich...
Freuden annehme...
die gute Dienste lei...
Bislanzler, wie g...
schriftliche Aufzeich...
war freier und leb...
sympathischen Beis...
Linken.

Dann sprach der...
er gemäßigter, wie...
Abgeordnete Fehrer...
sende Antwort gebe...
(D. Fr.) stellte sich...
Boden der geschaff...
Noch als er sprac...
von mehreren Hu...
Brandenburger Lo...
von da nach der D...
öffnete ein Wagen...
frängt, der gestern...
jah. Das ihm folg...
politische Unruhe...
Schiedmann! Nie...